

# UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands  
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

## Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67  
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 47 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 21. Juni 1950

Seite 1

### A IV 7 b Lastenausgleich

## Lastenausgleich und Besatzungsgeschädigte

Zu dem Beschluß des Bundestages, das Entschädigungsverfahren für Besatzungsgeschädigte durch ein deutsches Gesetz zu regeln, erhalten wir von einem „wirtschaftlich Verfolgten des Besatzungsregimes“ folgende Zuschrift, in der die Forderung auf ein anständiges kaufmännisches Gebaren und auf Entschädigung nach deutschem Recht erhoben wird.

Auf Beschluß des Bundestages soll durch ein deutsches Gesetz das Vergütungs- und Entschädigungsrecht über Besatzungsschäden geregelt werden. Damit wird endlich ein klagbares Recht auf Erfüllung der berechtigten Ansprüche der Besatzungsgeschädigten geschaffen. Bisher konnten die von der Besatzungsmacht zugebilligten Ansprüche der Besatzungsgeschädigten nur mit Bitten und geduldigem Abwarten geltend gemacht werden, da Rechtsansprüche gegenüber der Besatzungsmacht weder bestehen noch verfolgt werden können.

Dieses deutsche Gesetz wird von den geltenden Bestimmungen der Alliierten auf diesem Gebiete sehr stark abweichen und einen gerechten Ausgleich der Lasten aus den Requisitionen bringen müssen; denn das deutsche Gesetz steht unter dem unausweichlichen Zwang des Bonner Grundgesetzes, wonach jeder Deutsche die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten hat (Art. 33), die Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen ist, wegen der Höhe der Entschädigung der ordentliche Rechtsweg offen steht (Art. 14) und solche Grundrechte in keinem Falle in ihrem Wesensgehalt angetastet werden dürfen (Art. 19).

Das bedeutet praktisch, daß eine vollwertige Entschädigung für alle von der Besatzungsmacht requirierten Gegenstände zu leisten ist. Nach den bis jetzt geltenden Bestimmungen der Alliierten wurden die Voraussetzungen für Entschädigungsmöglichkeiten an Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung den Geschädigten kaum möglich war und deren primitivstes Recht unmöglich machte, sich für die beschlagnahmten Sachen auch nur einigermaßen gleichwertigen Ersatz zu beschaffen. Eine Abwertung der Entschädigungszahlung für Ersatzleistung oder für Mietzins für die Zeit vor der Währungsumstellung auf 10 % wird nach deutschem Recht nicht mehr möglich sein; denn es handelt sich hier gar nicht um „Forderungen“, die nach dem Umstellungsgesetz abzuwerten sind, weil die Besatzungsgeschädigten gegen die Besatzungsmacht noch nicht einmal eine Forderung haben. Sie hatten nur die Pflicht, alle beanspruchten Sachen treu und brav herzugeben, geduldig abzuwarten und sich durchzupumpen, um überhaupt auskommen zu können. Die im Umstellungsgesetz angeführte Forderung aber setzt ein klagbares Recht voraus. Und dieses kann erst jetzt durch ein deutsches Gesetz erzeugt werden, und zwar gegenüber dem deutschen Staat. Soweit es sich um Ersatzleistungen für zwangsweise gekaufte deutsches Eigentum handelt, wird die Gegenleistung erst mit dem Entstehen der Forderung, nämlich der klagbaren Forderung auf die Ersatzleistung, „fällig“, nach § 18 Abs. 2 UG also im Verhältnis 1:1. Soweit Mietzinsen für Wohnungen und Einrichtungsgegenstände zu zahlen sind, wurden auch diese erst nach dem 20. 7. 48 „fällig“, sogar nach den alliierten Bestimmungen überhaupt erst zulässig, also erst recht 1:1.

Eine solche Regelung durch deutsches Gesetz ist aber auch moralisch begründet, zumal die Moral die Mutter des Rechts ist. Wenn schon ein Lastenausgleich für Kriegsschäden notwendig ist, der viele Milliarden erfordert, dann um so vordringlicher eine gleichmäßige Verteilung der Lasten aus den

Besatzungsmaßnahmen, die nur auf wenigen, aber um so untragbarer Lasten. Bei den Besatzungsgeschädigten handelt es sich doch nur um einen kleinen Kreis der Leidtragenden — es sind die wirtschaftlich Verfolgten der Besatzungszeit —, zu denen sogar zahlreiche Flüchtlinge, Kriegsbeschädigte, Ausgebombte und sogar Verfolgte des Nazi-regimes gehören. Und diese mehrfach Geschädigten, die nach dem Papier stets etwas bekommen sollen, haben sich Möbel und Einrichtungsgegenstände „pumpen“ müssen, wofür sie seit 5 Jahren recht fühlbare Mietzinsen zahlen müssen! Die Besatzungsangehörigen zahlen jedoch für die Benutzung der Wohnungen und Einrichtungen der Geschädigten sehr hohe Gebühren, z. B. 300 DM monatlich, während dem Geschädigten nur 40 DM als zukünftige Zahlung errechnet werden dürfen. Wo bleibt dieses Geld, das den Geschädigten nach Recht und Sitte gehört, und wozu wird es verwendet? Und wo bleiben die vielen neuen Möbel, die für die Besatzungsangehörigen von den Besatzungskostenämtern seit Jahren gekauft, bezahlt und geliefert werden? Diese Frage wird besonders zu prüfen sein, wenn nach dem Bundestagsbeschluß unter Mitwirkung deutscher Behörden eine regelmäßige Ueberprüfung der beschlagnahmten Sachgüter und Wohnungen mit dem Ziele der schnellsten Freigabe durchgeführt wird.

Schon Anfang 1949 war eine Miet- und Entschädigungszahlung zugesagt, heute wird erst damit begonnen, und zwar unter Wertrechnungen und Abzügen, die damals schon mit den Worten kritisiert wurden, „das ganze Problem habe sich zu einer Schande für die Besatzungsmacht herausgebildet“. Die Besatzungsgeschädigten können nach fünfjährigem Warten und Dulden unter wirtschaftlicher und seelischer Not nun wohl erwarten, daß die im Februar 1949 aufgestellte Forderung endlich erfüllt wird, „ein anständiges kaufmännisches Gebaren zu zeigen, wenn man Eigentum schon nicht zurückgeben könne.“

### C b Landesparteien

#### Diskussion um die Wiedergutmachung

Gegen den Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Dr. Batzel (CDU), hatte die „Berliner Allgemeine“, die Wochenzeitung der Juden in Deutschland, den Vorwurf erhoben, er habe die Berechtigung bestimmter Wiedergutmachungsansprüche der Opfer des Hitler-Regimes angezweifelt. Demgegenüber erklärte Dr. Batzel, er habe sich nicht gegen die Opfer des Nazismus, sondern gegen diejenigen gewandt, die übertriebene Forderungen aus irgendwelchen Kriegsschäden anmelden wollten. Die CDU hat in einem Telegramm an den bisherigen Vorsteher der jüdischen Gemeinde eine eingehende Untersuchung zugesichert. Der Landesvorstand hat sich mit der Angelegenheit befaßt, seine Ermittlungen jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Sprecher aller drei Fraktionen des Berliner Stadtrates haben sich im Wiedergutmachungsausschuß hinter Dr. Batzel gestellt und zum Ausdruck gebracht, es sei seiner tatkräftigen Leitung zu danken, daß die Beratung des Entschädigungsgesetzes schnell vorangegangen sei.

**A II e 4 Bundestag****Ein guter Anfang**

Erstmals am 15. Juni hat der Bundestag die Plenarsitzung mit einer Morgenandacht eingeleitet. Zu der Feier waren etwa 150 Abgeordnete, Journalisten und Angestellte des Bundestages erschienen. Sie wurde von dem SPD-Abgeordneten Prof. Fritz Baade geleitet. Es wurde ein Tagesspruch verlesen, gemeinsam gebetet und gesungen. Der Präsident des Bundesrates, Karl Arnold, hat für die Andachten den Tagungsraum des Bundesrates zur Verfügung gestellt, da er eine Orgel enthält. — Wir begrüßen diesen Brauch des Bundestages und hoffen, daß von ihm fruchtbarste Anregungen im Geiste wahrhaft christlicher Gesinnung ausgehen.

**A V e Niedersachsen****SPD zum Fall Gereke**

Unsere Vermutung, daß sich die niedersächsische SPD nicht von Dr. Gereke distanzieren werde, hat sich als richtig erwiesen. Nicht auf Anweisung des Ministerpräsidenten Kopf, sondern auf Dr. Gerekens eigenes Ersuchen hat das niedersächsische Kabinetts der Bitte Gerekens entsprochen, ihn bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe von seinen Aemtern zu beurlauben. Auf das Telegramm des Bundeskanzlers an die niedersächsische Staatsregierung, Maßnahmen gegen Dr. Gereke wegen seiner Berliner Reise zu ergreifen, ist bisher keine Antwort eingegangen. An der Sitzung des Agrarausschusses des Bundesrates am 15. Juni hat Dr. Gereke nicht teilgenommen, nachdem Bundesernährungsminister Niklas seine Teilnahme von der Anwesenheit Dr. Gerekens abhängig gemacht hatte.

Die SPD-Fraktion des niedersächsischen Landtages hat sich am 14. Juni in einer Erklärung zum Fall Gereke geäußert und darin den Beweis erbracht, daß der niedersächsische Landwirtschaftsminister nicht allein Konservengespräche, sondern ganz offensichtlich auch politische Verhandlungen recht suspekten Charakters geführt hat. In der Erklärung heißt es wörtlich:

„Die Feststellungen haben ergeben, daß die Verhandlungen des Staatsministers Dr. Gereke stattgefunden haben mit führenden Persönlichkeiten des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft (Eisenacher Kreis), einer Hilfsorganisation der SED, und daß die Verhandlungen in Ost-Berlin auch der Durchführung der in Eisenach gefaßten Beschlüsse dieser Organisation gedient haben.“

Zu den hier getroffenen „Feststellungen“ ist die SPD deshalb berechtigt, weil ihr eigener Abgeordneter Weiberg an den Berliner Gesprächen Dr. Gerekens teilgenommen hat. (vergl. Nr. 46 vom 17. Juni). Damit sind die Presseerklärungen Dr. Gerekens, er habe nur über Konserven verhandelt, in ihrem Wahrheitsgehalt bedenklich erschüttert, zumal man ja solche Besprechungen nicht mit dem führenden Politiker der ostzonalen Terror-Partei zu führen pflegt.

Wir wollen den schwebenden Verfahren nicht vorgreifen, aber im Interesse der Klarheit unserer Politik müssen wir darauf bestehen, daß in den politischen Verhandlungen des Ministers Dr. Gereke ein so strenger Maßstab angelegt wird, wie es der hohen Verantwortung entspricht, die ein Mann in seiner Stellung trägt.

**A V g Rheinland-Pfalz****Unzulängliches Rentenbewilligungsverfahren**

Abg. Dr. Würmeling hat in einer erneuten Anfrage die Landesregierung auf die den Rentenberechtigten nicht mehr zumutbaren Mißstände bei der Bewilligung von Kriegsopfer- und Invalidenrenten hingewiesen. Da sich die Klagen über die untragbaren Verzögerungen bei der Bewilligung von Renten täglich mehren und ein Plan des Sozialministers, durch den diese Zustände geändert werden sollen, nicht erkennbar ist, fordert Dr. Würmeling eine sofortige grundlegende Regelung, für die notfalls der für den Umzug der Landesregierung nach Mainz vorgesehene Betrag von 1 Million DM eingesetzt werden müsse.

**A III 1 a CDU/CSU****Gegen das Kriegsspielzeug**

Der Bundestagsausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung hat einem Antrag der CDU/CSU zugestimmt, wonach die Bundesregierung aufgefordert werden soll, den Vertrieb von Kriegsspielzeug im Gebiet der Bundesrepublik zu verhindern. Der Jugendfürsorgeausschuß des Bundestages hatte dem Antrag bereits vor einiger Zeit zugestimmt.

**A IV 1 e Schulwesen****Deutsches und amerikanisches Schulwesen**

Der bayerische Kultusminister Dr. Hundhammer berichtete nach seiner Rückkehr aus den USA über seine eingehenden Aussprachen mit einer großen Gruppe aus Deutschland stammenden Universitätsprofessoren, die an einer Universität in Chicago tätig sind. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß es wenig zweckmäßig erscheine und auch gar nicht möglich sei, den äußeren Aufbau der amerikanischen Bildungsstätten nach Europa zu übertragen und daß die Aufgabe des klassischen humanistischen Bildungsgutes in Europa als ein Verlust betrachtet werden müsse. Dagegen kann Europa manches von den finanziell hoch dotierten amerikanischen Einrichtungen lernen hinsichtlich der Methode der Unterrichtsgestaltung und insbesondere auch hinsichtlich der Einrichtung und Ausgestaltung der Schulen. — Minister Dr. Hundhammer hat eine offizielle Einladung nach England zum Studium der dortigen kulturellen und pädagogischen Einrichtungen erhalten. Er hat für den Monat Juli bereits seine Zusage gegeben; die Reise wird etwa 14 Tage dauern.

**A V h Schleswig-Holstein****DKP unterstützt Deutschen Wahlblock**

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Deutschen Konservativen Partei (DKP) hat seinen Anhängern empfohlen, bei den Landtagswahlen am 9. Juli die Kandidaten des „Deutschen Wahlblocks“ (CDU, FDP und DP) zu wählen um die „unberechtigte Machtstellung der SPD zu brechen“. Die DKP will keine eigenen Kandidaten aufstellen, da ihr das Landeswahlgesetz jede Möglichkeit für einen ausschlaggebenden Erfolg nehme.

**A V d Hessen****Carlebachs Immunität aufgehoben**

Der Hauptausschuß des hessischen Landtages beschloß in Abwesenheit des von den Sitzungen ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten Keil einstimmig, dem Landtag die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten und Chefredakteurs des Frankfurter KPD-Organs, Emil Carlebach, zu empfehlen. Die Staatsanwaltschaft hatte um Aufhebung der Immunität Carlebachs nachgesucht, um gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung der Staatsminister Dr. Hilpert und Wagner einleiten zu können (vgl. Nr. 42 vom 3. Juni 1950).

**C d Junge Union****Außerordentlicher Landtag der JU Hessen**

Die JU Hessen hat für den 24./25. Juni zu einem außerordentlichen Landtag nach Wiesbaden-Frauenstein eingeladen. Eine aktuelle Bedeutung erhält die Tagung durch die vorgesehenen Referate und Beschlüsse zur Europafrage, deren staats- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. von Brentano, behandeln wird. Ueber akute Fragen der Bundespolitik referiert Landesleiter MdB Willi Masoth, über die hessischen Probleme der Landesvorsitzende der CDU, Minister Dr. Hilpert. Der Landtag wird ferner die Wahl der Landtagskandidaten der JU vornehmen und sich mit dem Programm für die Landtagswahlen befassen.

**C d Junge Union****Landestagung der JU Hannover**

Der Landtag der JU Hannover, der kürzlich in Salzdetfurth stattfand, hatte die christliche Sozialpolitik in den Mittelpunkt der Beratungen gerückt. Bundesarbeitsminister Storch, MdB Naegel, Landesminister Dr. Strickrodt, der Vorsitzende der CDU Niedersachsen, Oberkirchenrat Cillien, und Landesgeschäftsführer MdL Fratzscher nahmen unter verschiedenen Aspekten zu den Gegenwartsproblemen Stellung. Uebereinstimmend bekannten sich Redner und Zuhörer zu der Auffassung, daß nur aus einer christlichen Lebensauffassung heraus eine Neuordnung des gesamten Lebens fruchtbringend durchgeführt werden kann. Die im letzten Jahre vom Landesvorstand geleistete Arbeit wurde durch die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes mit dem Vorsitzenden Heinz Groß (Hannover) und Heinz Dammann (Hildesheim-Marienburg) als stellvertr. Vorsitzenden anerkannt.